

Niederschrift

über die 37. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 28.05.2020
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen in die Tagesordnung	5
1 Einwohnerfragestunde	7
2 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 26.11.2019 zu einem Zebrastreifen und Tempo 30 Strecke an der Kreuzung Dorfstraße mit Altem Kirchweg und Friedhofsweg (siehe auch TOP Ö2 der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 10.3.2020) Vorlage: FB5/1125/2020	8
3 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 11.12.2019 zu einer Sicherung des Überweges am Brühlerweg in Höhe Budericher Allee (siehe auch TOP Ö3 der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 10.3.2020) Vorlage: FB5/1126/2020	9
4 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 2. Februar 2020 zum Anschluss des Stadtteils Strümp an das Stadtbahnnetz anstelle der geplanten Trasse der K9n Vorlage: DezIII/1123/2020	9
5 Neubau bzw. bauliche Sanierung der Obdachlosenunterkunft Strümper Straße Vorlage: SIM/1148/2020	10
6 1. Bericht zur Finanzsituation 2020 zum 30.04.2020 Vorlage: SFI/0397/2020	12
7 Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich Vorlage: FB2/1100/2020	12
8 Anträge	13
8.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 02.03.2020 - Geflüchtetenfinanzierung Vorlage: FB2/0300/2020	13
8.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 03.03.2020 bzgl. Ausbau des Offenen Ganztages Vorlage: BJ/0302/2020	13
8.3 Dringlichkeitsanträge der Fraktionen UWG / Freie Wähler und FDP zum Thema Tierschutz	15

8.4	Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Öffnung von Kindertageseinrichtungen	15
8.5	Antrag auf Ergänzung der Niederschrift zur Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses vom 13.05.2020	16
9	Anfragen	16
9.1	Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.03.2020 zum Bearbeitungsstand von Projekten aufgrund von Personalmangel Vorlage: BJ/0140/2020	16
9.2	Anfrage der SPD-Fraktion vom 12.05.2020 zur Lage in den Notunterkünften und Unterkünften für Wohnungslose Vorlage: BJ/0141/2020	16
9.3	Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen vom 18.03.2020 bzgl. Bürgeranregungen nach § 24 GO NRW	17
10	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	17
11	Termin der nächsten Sitzung: Sitzung des Rates am 18 Juni 2020	18
12	Verschiedenes	18

Sitzungsort: Städt. Realschule Osterath, Görresstr. 6, 40670 Meerbusch, Aula

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

von der CDU-Fraktion

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Thomas Gabernig

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Rita Henning Ratsmitglied

Vertretung für Herrn Heinrich Peter Weyen

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Becker Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Dr. Marc Saturra Leiter Büro der Bürgermeisterin und Justizariat

Herr Patrick Wirtz Referent der Bürgermeisterin

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Herr Christian Volmerich Stadtkämmerer

es fehlen:

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig

Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Herr Heinrich Peter Weyen

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Bürgermeisterin Mielke-Westerlage, dass verschiedene Dringlichkeitsanträge vorlägen. Ratsherr Peters kritisiert die Versendung per Mail ohne Einstellen in das Ratsinformationssystem.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, dass eine Aufnahme in die reguläre Tagesordnung erst erfolgen könne, wenn über die Dringlichkeit der Behandlung entschieden sei. Die Verwaltung prüfe, die Anträge bei der jeweiligen Sitzung vor die eigentliche Tagesordnung im System aufzunehmen.

Öffentliche Sitzung

Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen in die Tagesordnung

1. Dringlichkeitsanträge der UWG-Fraktion vom 21.05.2020 zum Thema Tierschutz / Hinweise zum Einsatz von Mährobotern und Rasentrimmern und der FDP-Fraktion vom 27.05.2020 zum Thema Tierschutz / Hinweise zum Einsatz von Rattengift sowie zum Baum- und Heckenschnitt

Über die Aufnahme der genannten Dringlichkeitsanträge in die Tagesordnung wird aufgrund der thematischen Überschneidung gemeinsam abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Die genannten Dringlichkeitsanträge werden in die Tagesordnung aufgenommen und gemeinsam unter TOP 8.3 beraten.

2. Dringlichkeitsantrag der UWG-Fraktion vom 17.05.2020 zum Thema Tierrettung auf Feldern vor Mähmaschinen / Einsatz von Drohnen

Ratsfrau Henning führt zum Antrag aus und erläutert, dass der Einsatz von Drohnen mit Wärmebildkameras im Vorfeld von Mäharbeiten auf Feldern u.a. in der Stadt Radevormwald erfolgreich durchgeführt würde. In den frühen Morgenstunden könnten so Tiere auf den Feldern erkannt und vor den Mähmaschinen geschützt werden. Sofern eine Dringlichkeit durch den Ausschuss nicht anerkannt würde, solle eine Beratung in der kommenden Sitzung des Rates erfolgen.

Ratsherr Damblon und Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erklären, dass eine Dringlichkeit in der genannten Thematik nicht erkennbar sei.

Sodann wird über die Dringlichkeit des Antrages abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	6	12	

Eine Dringlichkeit des Antrages wird nicht gesehen, der Antrag wird nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

3. Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 18.03.2020 zum Thema Ausschusssitzungen in Corona-Zeiten

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, dass verwaltungsseitig bereits beabsichtigt werde, alle Ausschüsse mit Ausnahme des Kulturausschusses vor der Sommerpause tagen zu lassen. Abstimmungen mit den Ausschussvorsitzenden seien erfolgt. Der Dringlichkeitsantrag habe sich daher erledigt.

Ratsherr Peters erklärt, dass sich der Antrag damit erledigt habe und zieht diesen zurück.

4. Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 22.05.2020 zum Thema Terrassenflächen / Nutzungserweiterungen in Corona-Zeiten

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt aus, dass im Nachgang zum gefassten Dringlichkeitsbeschluss hinsichtlich des Erlasses der „Terrassengebühr“ in 2020 für alle Gastronomen verwaltungsseitig die Möglichkeit eröffnet wurde, vorhandene Terrassenflächen zu erweitern, bzw. neue Terrassenflächen einzurichten, ohne hierzu das reguläre Antragsverfahren durchlaufen zu müssen. Die Gastronomen müssten lediglich sicherstellen, dass die Gehwege weiterhin nutzbar bleiben und Fluchtwege in ausreichender Breite bestünden.

Auf Nachfrage von Ratsherrn Peters erklärt die Bürgermeisterin, dass dies mit den Gastronomen im Bereich des „Alten Marktes“ in Lank nochmals erörtert würde. Aufgrund der Vielzahl der Gastronomen auf dem Platz seien hier ggfs. weitere Absprachen zur Kommunikation und Umsetzung der Ausweitung nötig.

Der Antrag wird entsprechend als erledigt angesehen, eine Beratung erfolgt nicht.

5. Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 24.05.2020 zum Thema Öffnung der Kindertageseinrichtungen ab 08. Juni / Flexible Regelung für Eltern mit erhöhtem Betreuungsbedarf der Kinder

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Der Antrag wird unter TOP 8.5 beraten.

6. Schreiben des Ratsherrn Rettig vom 28.05.2020 an die Bürgermeisterin zur Ergänzung der Niederschrift des Hauptausschusses vom 13.05.2020

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt aus, dass ein Schreiben des Ratsherrn Rettig auf Ergänzung der Niederschrift des Hauptausschusses vom 13.05.2020 vorläge. Zu diesem solle unter TOP 8.6 Stellung genommen werden.

Weitere Wortmeldungen bestehen nicht. Sodann geht die Bürgermeisterin zur Tagesordnung über.

1 Einwohnerfragestunde

Frau Dr. Blaum stellt verschiedene Fragen an den Ausschuss und die Verwaltung:

1. Neubau Stadtarchiv

Sie fragt an, ob der Verwaltung das Gutachten der TU Darmstadt und des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW (MKULNV) bekannt sei.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erklärt, dass der Verwaltung das Gutachten bekannt sei, das Thema Fassadenbegrünung am geplanten Neubau des Stadtarchives solle in der nächsten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses beraten werden.

2. Tempo 30 auf dem Laacher Weg

Sie fragt an, inwiefern statt der per Gerichtsentscheidung für nicht zulässig erklärten Tempo30-Beschränkung auf dem Laacher Weg stattdessen eine Tempo 30 – Zone eingerichtet werden könne.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt aus, dass dies geprüft werden müsse, eine Beantwortung der Frage erfolge im Nachgang zur Sitzung.

3. Sperrung des Weges auf dem Deich für Radfahrer

Sie regt an, die Sperrung des Deiches für Radfahrer nur auf die Wochenenden zu beschränken, um von montags bis freitags, sofern der Deichweg weniger frequentiert werde, eine Nutzung durch Radpendler zu ermöglichen.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt aus, dass die Beratung über weitergehende Regelungen auf dem Deich derzeit noch laufe. Die Sperrung für Radfahrer sei während der sich ausbreitenden Corona-Pandemie notwendig gewesen, um Menschenansammlungen zu entzerren und eine geregelte Nutzung sicherzustellen. Inwiefern dies künftig fortgeführt würde und in welcher Form müsse anhand der weiteren Entwicklung abgewogen werden.

4. Liner zur Sanierung von Städtischen Kanälen

Sie fragt an, inwiefern durch die Sanierung von Kanälen im Liner-Verfahren eine Verringerung der lichten Kanaldurchmesser auftrete.

Technischer Beigeordneter Assenmacher führt aus, dass eine geringfügige Verringerung der Durchmesser auftrete, dies jedoch keine Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit der Kanäle habe.

**2 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 26.11.2019 zu einem Zebrastreifen und Tempo 30 Strecke an der Kreuzung Dorfstraße mit Altem Kirchweg und Friedhofsweg (siehe auch TOP Ö2 der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 10.3.2020)
Vorlage: FB5/1125/2020**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss zieht die Entscheidung des Bau- und Umweltausschusses an sich. Er kommt auch nach nochmaliger Überprüfung nicht zu einem anderen Ergebnis und folgt dem Antrag gemäß § 24 GO NRW vom 26.11.2019 auf Einrichtung eines Zebrastreifens und einer Tempo 30 Strecke an der Kreuzung Dorfstraße mit Altem Kirchweg und Friedhofsweg nicht. Die örtlichen Verhältnisse lassen angesichts der rechtlichen Vorgaben die Einrichtung einer Tempo 30 Strecke oder eines Zebrastreifens nicht zu.

Ergänzender Beschluss des Ausschusses: Die Verwaltung wird beauftragt, die alternativen Möglichkeiten der Einrichtung einer Bedarfsampel, einer Querungshilfe oder einer Tempo 40 - Strecke zu prüfen und die Ergebnisse im Bau- und Umweltausschuss vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen		2	
UWG	1		
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	15	3	

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet von den erstmaligen Beratungen der Bürgeranregung im Bau- und Umweltausschuss. Hieraus sei der Wunsch des Ausschusses zur nochmaligen rechtlichen Prüfung zur Einrichtung eines Zebrastreifens hervorgegangen, da die Situation vor Ort unbefriedigend sei und Maßnahmen zur Sicherung der Straßenüberquerung wünschenswert seien. Aus rechtlichen Gründen seien jedoch die Einrichtung eines Zebrastreifens oder einer Tempo 30 - Strecke nicht möglich.

Es herrscht Einigkeit, dass die Situation vor Ort weiterhin unbefriedigend ist. Die Verwaltung soll daher beauftragt werden, als alternative Möglichkeiten die Prüfung der Einrichtung einer Bedarfsampel, einer Querungshilfe oder einer Tempo 40 - Strecke zu prüfen.

Sodann wird über den Beschlussvorschlag sowie die Ergänzung des Beschlusses abgestimmt.

**3 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 11.12.2019 zu einer Sicherung des Überweges am Brühlerweg in Höhe Budericher Allee (siehe auch TOP Ö3 der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 10.3.2020)
Vorlage: FB5/1126/2020**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss zieht die Entscheidung des Bau- und Umweltausschusses an sich und beschließt, dass bezüglich der Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 11.12.2020

- im Bereich der Einmündung Budericher Allee wechselseitig mehrere Längsparker markiert werden,
- an den beiden Fahrbahnrändern nördlich der Einmündung Budericher Allee sog. Nasen mit ca. 1 m Breite als Querungshilfe montiert werden,
- neben der Beschilderung VZ 136 (Vorsicht Kinder) auch zwei Piktogramme mit denselben Symbolen auf der Fahrbahn aufgebracht werden.

Ergänzender Beschluss des Ausschusses: Von der Einrichtung von Längsparkern vor Budericher Allee Nr. 8 wird abgesehen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Die Petentin der Bürgeranregung, Frau Böcker-Lehmhaus, für zu den Inhalten ihrer Anregung und den Gründen für die aus ihrer Sicht notwendigen Einrichtungen zur Regelung des Verkehrsflusses im Bereich Brühler Weg / Budericher Allee aus.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist darauf hin, dass die Thematik bereits in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 10.03.2020 beraten worden sei, die Beschlussvorlage sei zur heutigen Sitzung nochmals geändert worden, um den Inhalten der Anregung Rechnung zu tragen.

Es herrscht Konsens, dass auf die verwaltungsseitig vorgeschlagenen Längsparker vor dem Haus Budericher Allee 8 verzichtet werden soll, um den Verkehrsfluss vom Parkplatz und aus der Tiefgarage des nebenliegenden Supermarktes nicht einzuschränken. Diese Längsparker seien nicht Teil der Bürgeranregung und nur als zusätzlicher Vorschlag seitens der Verwaltung eingebracht.

Sodann wird über den Beschlussvorschlag sowie die Ergänzung zum Verzicht auf die genannten Längsparker abgestimmt.

**4 Bürgeranregung gemäß § 24 GO NRW vom 2. Februar 2020 zum Anschluss des Stadtteils Strümp an das Stadtbahnnetz anstelle der geplanten Trasse der K9n
Vorlage: DezIII/1123/2020**

Beschluss:

Aufgrund der Zustimmung der Ratsmitglieder zur Delegation der Entscheidungsbefugnisse bei Feststellung der epidemischen Lage von landesweiter Tragweite zieht der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss die Entscheidung des Ausschusses für Planung und Liegenschaften an sich und beschließt:

- a) Den Antrag gemäß § 24 GO NRW vom 2. Februar 2020 zum Anschluss des Stadtteils Strümp an das Stadtbahnnetz anstelle der geplanten Trasse der K9n abzulehnen.
- b) Die Verwaltung wird beauftragt, den Anschluss des Stadtteils Strümp an das Stadtbahnnetz der Linie U74 zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

zu a)

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	8		
SPD	3		
FDP	1	1	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG		1	
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	15	3	

zu b)

einstimmig

Die Petentin, Frau Dr. Blaum, führt zur Bürgeranregung aus, eine Stärkung des ÖPNV sei notwendig, die K9n hingegen bringe viele ökologische Nachteile, weshalb der Bau der Straße durch eine Verlängerung der Stadtbahntrasse nach Strümp ersetzt werden solle.

Die Ratsherren Damblon, Peters und Rettig sowie Ratsfrau Niederdellmann-Siemes stimmen dem Vorschlag der Verwaltung zu. Der Beschluss zum Bau der K9n sei nach umfangreichen Beratungen mehrheitlich gefasst worden, hieran solle auch weiterhin festgehalten werden. Die Prüfung der Machbarkeit zur Verlängerung der Stadtbahntrasse nach Strümp sowie ggfs. im weiteren Verlauf über Lank nach Krefeld-Uerdingen, entsprechend der historischen „M-Bahn“, sei sinnvoll und solle durch die Verwaltung durchgeführt werden.

5 Neubau bzw. bauliche Sanierung der Obdachlosenunterkunft Strümp Straße Vorlage: SIM/1148/2020

Beschluss:

Aufgrund der Zustimmung der Ratsmitglieder zur Delegation der Entscheidungsbefugnisse bei Feststellung der epidemischen Lage von landesweiter Tragweite zieht der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss die Entscheidung des Rates an sich und beschließt:

Die Beratung und Beschlussfassung der Verwaltungsvorlage zur Sanierung am vorhandenen Standort Strümp Straße, bzw. zur Errichtung an einem anderen noch zu nennenden Standort wird in die kommende Sitzung des Sozialausschusses vertagt. Der von der Verwaltung u.a. alternativ genannte Standort an der Kranenburger Straße in Osterath findet hierbei keine weitere Berücksichtigung.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7	1	
SPD		3	
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG		1	
Die Linke/Piraten		1	
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	12	6	

Der Antrag auf Vertagung und Verweis in den Sozialausschuss ist somit angenommen. Die alternativen Standort Kranenburger Straße und Düsseldorfer Straße werden in den weiteren Beratungen nicht mehr berücksichtigt.

Technischer Beigeordneter Assenmacher führt zu den Inhalten der Vorlage aus. Der Verwaltungsvorschlag zur Sanierung und Ertüchtigung der Unterkunft am vorhandenen Standort an der Strümpfer Straße komme aus verschiedenen Aspekten in Betracht. Die bauliche Grundsubstanz der Gebäude sei gut und mache eine Ertüchtigung und Modernisierung möglich, ein Neubau an einem anderen Standort mache die Schaffung entsprechenden Baurechts notwendig und führe zu einem langwierigen planungsrechtlichen Verfahren. Weiterhin seien die Kosten der Sanierung gegenüber einem Neubau geringer.

Ratsherr Damblon führt aus, dass die kalkulierten Kosten in Höhe von rund 1,8 Millionen Euro für eine Sanierung und Ertüchtigung hoch erschienen. Dies solle nochmals durch die Verwaltung geprüft werden.

Ratsherr Rettig erklärt, dass in Kürze ein Antrag der FDP-Fraktion zur Errichtung an einem noch nicht benannten alternativen Standort gestellt würde. Dieser Antrag sei noch nicht fertiggestellt, solle in den weiteren Beratungen jedoch berücksichtigt werden. Er beantragt daher die Vertagung der Beschlussfassung in den zuständigen Sozialausschuss.

Ratsfrau Niederdelmann-Siemes führt aus, dass das Projekt hohe Priorität habe und einer zeitnahen Umsetzung bedürfe. Daher solle zumindest ein Beschluss hinsichtlich des Neubaus, bzw. der Sanierung gefasst werden, die Kostenfrage solle im Anschluss daran in den weiteren Beratungen geklärt werden.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert auf weitere Nachfrage, dass die Beschlussfassung im Hauptausschuss anstelle der zuständigen Fachausschüsse und des Rates aufgrund der Feststellung der epidemischen Lage von landesweiter Tragweite erfolge. Bis einschließlich 14.06.2020 seien Sitzungen von Fachausschüssen bekanntermaßen nicht möglich. Für das in der Alternative genannte Grundstück an der Kranenburger Straße käme eine Bebauung mit einer für den Stadtteil Osterath zeitnah benötigten Kindertagesstätte in Betracht. Um die Planungen hierzu nicht zu verzögern sei ein zeitnaher Beschluss notwendig. An dieser Stelle solle daher zumindest ein Vorgehen beschlossen werden. Die weiteren Beratungen bzgl. der Obdachlosenunterkunft könnten dann durch die zuständigen Fachausschüsse erfolgen, die eine anderweitige Nutzung des Grundstückes an der Kranenburger Straße erlaubten.

Mehrheitlich herrscht Konsens, dass die Beratung und Beschlussfassung über den Neubau, bzw. die Sanierung der Obdachlosenunterkunft in die nächste Sitzung des Sozialausschusses vertagt werden soll. Um die weiteren Planungen und Beratungen zur Bebauung des alternativ genannten Grundstückes an der Kranenburger Straße mit einer Kindertagesstätte nicht zu verzögern, soll auf eine Be-

rücksichtigung dieses Grundstückes sowie des Grundstückes an der Düsseldorfer Straße in den weiteren Beratungen verzichtet werden.

Sodann wird anstelle des Verwaltungsvorschlages über den Antrag auf Vertagung ohne die weitere Berücksichtigung des Grundstückes an der Kranenburger Straße abgestimmt.

6 1. Bericht zur Finanzsituation 2020 zum 30.04.2020
Vorlage: SFI/0397/2020

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage und Stadtkämmerer Volmerich erläutern, dass eine weitere Vorlage mit Ausführungen und Erläuterungen zur Entwicklung der städtischen Finanzsituation in der Erarbeitung sei und in die kommende Sitzung des Rates eingebracht werde, derzeit läge u.a. noch keine Regionalisierung der Steuerschätzung vor, sodass eine stichhaltige Prognose noch nicht möglich sei.

7 Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich
Vorlage: FB2/1100/2020

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Schule und Sport empfehlen dem Rat der Stadt Meerbusch, die Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in der Tagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich gemäß der anliegenden III. Änderungssatzung zu beschließen. Aufgrund der Zustimmung der Ratsmitglieder zur Delegation der Entscheidungsbefugnisse bei Feststellung der epidemischen Lage von landesweiter Tragweite beschließt der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss entsprechend.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsfrau Schoppe berichtet von den Vorberatungen des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Schule und Sport.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt aus, dass es hinsichtlich des durch das Land mit den kommunalen Spitzenverbänden ausgehandelten hälftigen Erlasses der Elternbeiträge für die Monate Juni und Juli noch weiterer Informationen und Entscheidungen für die Kommunen seitens des Landes bedarf. Eine erneute Satzungsänderung solle vermieden werden.

Um eine rechtssichere Gestaltung der Beitragserhebung sicherzustellen, sollen die weiteren Regelungen des Landes abgewartet und ggfs. auf dieser Grundlage, wie bereits für die Monate April und Mai geschehen, ein entsprechender Dringlichkeitsbeschluss gefasst werden.

8 Anträge

8.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 02.03.2020 - Geflüchtetenfinanzierung Vorlage: FB2/0300/2020

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt, dass die Verwaltung der Stadt Meerbusch Gespräche mit der Landesregierung führt und dabei folgendes fordert:

1. Das Versprechen der Landesregierung einzuhalten und die vom Bund an die Länder für die Integration von geflüchteten Menschen vorgesehenen Mittel (Integrationspauschale bzw. nunmehr „Pauschale für flüchtlingsbezogene Zwecke“) in voller Höhe für die Jahre 2020 und 2021 an die Kommunen weiterleitet.
2. Die Pauschalen nach dem FlüAG auf den im „Lenk-Gutachten“ ermittelten Ist-Kosten-Stand anzuheben.
3. Die Dauer des Erstattungszeitraumes für Geduldete von derzeit 3 Monaten nach ablehnendem Asylbescheid auszuweiten, solange diese Personen Leistungen nach dem AsylbLG erhalten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes führt aus, dass die Finanzierung im Bereich der Geflüchteten durch den Bund und das Land für die Kommunen nicht auskömmlich seien. Zusätzliche angekündigte Gelder sollten daher den Kommunen zur Verfügung gestellt werden.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt aus, dass durch den zuständigen Minister Dr. Stamp bisher nur eine „akzeptable Lösung“ ohne weitere Ausführungen angekündigt worden sei. Die bisherigen Pauschalen umfassten lediglich die ersten drei Monate nach der Zuweisung, danach erfolge eine vollständige Finanzierung durch die Kommunen. Eine Forderung zur Ausweitung der Kostenübernahme solle zielgerichtet über den Städte- und Gemeindebund NRW erfolgen, der die Interessen der Kommunen gegenüber dem Land vertrete und auch in der genannten Thematik mit dem Land verhandle.

8.2 Antrag der SPD-Fraktion vom 03.03.2020 bzgl. Ausbau des Offenen Ganztages Vorlage: BJ/0302/2020

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt gemäß dem Antrag der SPD-Fraktion vom 03. März 2020:

1. Neben einer schon zusätzlich bewilligten Gruppe für die OGS ab dem 01.08.2020 wird eine weitere OGS-Gruppe, bzw. zwei halbe Gruppen ab dem Schuljahr 2020/21 eingerichtet.
2. Ab dem Schuljahr 2021/22 werden zukünftig mindestens zwei zusätzliche OGS-Gruppen im Rahmen der Haushaltsplanung eingeplant.
3. Die räumliche Situation für zusätzliche OGS-Plätze wird an allen Meerbuscher Grundschulen überprüft und verbessert.
4. Mensen an den Schulen sind ggfs. auszugliedern.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		8	
SPD	3		
FDP		2	
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	7	11	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes führt zum Antrag aus. Die Besichtigung von OGS-Bereichen in verschiedenen Schulen hätte dringende Bedarfe aufgezeigt – nicht zuletzt, da über 100 Kinder auf Wartelisten stünden und künftig weitere Steigerungen der Betreuungszahlen zu erwarten seien.

Ratsfrau Kox führt aus, es bedürfe eines ganzheitlichen Konzeptes, um die OGS-Bereiche auszubauen und zukunftsfähig zu machen. Die vorhandenen Räumlichkeiten seien bereits jetzt beengt, das Einrichten zusätzlicher Gruppen ohne bauliche Maßnahmen könne daher nicht funktionieren.

Ratsherr Rettig ergänzt, dass die Einrichtung zusätzlicher Gruppen einer überplanmäßigen Mittelbereitstellung bedürfe, die in der jetzigen Haushaltslage nicht gerechtfertigt sei.

Erster Beigeordneter Maatz führt aus, dass ein Konzept zum Ausbau der OGS-Bereiche und Mensen sowie der damit einhergehenden Steigerung der Gruppenzahlen in der Ausarbeitung sei. Dies bedürfe jedoch umfassender Vorplanungen, nicht zuletzt unter Berücksichtigung der Siedlungsentwicklung. Auf dieser Grundlage könnten dann stadtweit Ausbauten an den Schulen durchgeführt und zusätzliche Gruppen eingerichtet werden.

Ratsherr Peters und Ratsfrau Henning sehen eine besondere Dringlichkeit, die letztlich nicht durch finanzielle Aspekte gehindert werden könne.

Stadtkämmerer Volmerich erläutert, dass die notwendige überplanmäßige Auszahlung unabweisbar und dringend geboten sein müsse. Andernfalls könne eine Mittelbereitstellung bereits aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht erfolgen.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage ergänzt, dass das verwaltungsseitig beabsichtigte Konzept sowohl den Ausbau der OGS-Plätze, als auch der zugehörigen Mensen vorsähe – wie von der SPD unter Ziffern 3 und 4 beantragt. Dies könne zielführend und bedarfsgerecht jedoch nur unter Berücksichtigung verschiedenster Notwendigkeiten und Prognosen erfolgen. Die beantragte, kurzfristige Einrichtung zusätzlicher Gruppen sei in den bereits jetzt ausgeschöpften Räumen aus Kapazitätsgründen nicht sachgerecht umsetzbar.

Sodann wird über den Antrag abgestimmt.

8.3 Dringlichkeitsanträge der Fraktionen UWG / Freie Wähler und FDP zum Thema Tierschutz

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beauftragt die Verwaltung gemäß der Dringlichkeitsanträge der Fraktion UWG / Freie Wähler vom 21.05.2020 sowie der FDP-Fraktion vom 27.05.2020, auf ihrer Internetseite sowie durch die hiesige Presse über die Gefahren von Mährobotern und Rasentrimmern sowie den richtigen Gebrauch von Rattengift zu informieren. Weiterhin soll auf die naturschutzrechtlichen Regelungen zur Zulässigkeit von Baum- und Heckenschnitten zwischen dem 01. März und dem 30. September hingewiesen werden.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	7		1
SPD	3		
FDP	2		
Bündnis 90 / Die Grünen	2		
UWG	1		
Die Linke/Piraten	1		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	17		1

Die Anträge sind somit angenommen.

8.4 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Öffnung von Kindertageseinrichtungen

Ratsherr Peters führt zum vorliegenden Dringlichkeitsantrag aus. Das Land NRW habe im Rahmen der Novellierung der Coronabetreuungsverordnung und der Einführung des eingeschränkten Regelbetriebes die Möglichkeit der Steigerung der Betreuungsumfänge auf mehr als 35 Stunden offengelassen. Dieses Angebot solle für entsprechende Personengruppen in Meerbusch eröffnet werden.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt aus, dass alle Träger hinsichtlich der Möglichkeiten zur Steigerung der durch das Land beabsichtigten Kapazitäten abgefragt werden, eine etwaige Erhöhung der Betreuungsumfänge müsse jedoch für jede einzelne Einrichtung mit dem Landschaftsverband erörtert und von dort genehmigt werden. Das seitens des Landes ausgesprochene Beschäftigungsverbot Sorge bereits jetzt für personelle Engpässe.

Ratsherr Eimer berichtet, dass sich die bereits angespannte Personalsituation in den Kitas durch die Maßnahmen zum Schutz vor dem Coronavirus weiter verschärft hätten. Es sei zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer absehbar, inwiefern den gesteigerten Betreuungsumfängen bei Ausbleiben einer Anpassung des Beschäftigungsverbotes beizukommen sei.

Ratsherr Peters führt aus, dass die allgemeine Personalproblematik bekannt sei, dies könne im vorliegenden Fall jedoch keine systemische Problemerkritik auslösen. Vielmehr solle den Eltern in systemrelevanten Berufen eine Perspektive zur ausreichenden Kinderbetreuung gegeben werden.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage schlägt vor, zunächst die Trägerabfrage zu den möglichen Betreuungskapazitäten abzuwarten. Auf dieser Grundlage werde die Verwaltung die Möglichkeiten der Erweiterung der Betreuungsumfänge auf über 35 Stunden / Woche prüfen und kommunizieren.

Der Antrag wird entsprechend zurückgezogen, die abgefragten Betreuungskapazitäten der Einrichtungen sind der Anlage 1 der Niederschrift zu entnehmen.

8.5 Antrag auf Ergänzung der Niederschrift zur Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses vom 13.05.2020

Ratsherr Rettig hat per Mail vom 28.05.2020 gegenüber der Bürgermeisterin die Ergänzung der Niederschrift des Hauptausschusses vom 13.05.2020 erbeten.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt aus, dass die nachträgliche Änderung einer Niederschrift nicht möglich sei. Nach der Kommentierung der Gemeindeordnung NRW könne eine fehlerhafte Protokollierung per Beschluss festgestellt und dann in die neue Niederschrift aufgenommen werden.

Ratsherr Rettig erklärt sodann, dass sein Antrag auf Ergänzung der Niederschrift des Hauptausschusses vom 13.05.2020 zurückgenommen werde und er kurzfristig einen entsprechenden Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung stellen werde.

Auf Nachfrage des Rats Herrn Becker ergänzt Justiziar Dr. Saturra, dass die Möglichkeit der Durchführung von online-Fraktionssitzungen derzeit nur aufgrund der Feststellung der epidemischen Lage von landesweiter Tragweite möglich sei. Dies sei bereits in der vergangenen Sitzung am 13.05.2020 zum Thema entsprechend ausgeführt worden und der Niederschrift zu entnehmen.

9 Anfragen

9.1 Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.03.2020 zum Bearbeitungsstand von Projekten aufgrund von Personalmangel Vorlage: BJ/0140/2020

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt zur Anfrage aus, dass von einer Fortführung des in Rede stehende Projektes zur Sanierung der Oststraße entgegen der Presseaussage des zuständigen Bereichsleiters nicht aus Personalmangel abgesehen worden sei. Der Fachbereich Straßen und Kanäle sei in der jüngeren Vergangenheit personell zusätzlich verstärkt worden. Das Projekt könne vielmehr aus verschiedenen inhaltlichen Gründen zunächst nicht weiterverfolgt werden.

9.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 12.05.2020 zur Lage in den Notunterkünften und Unterkünften für Wohnungslose Vorlage: BJ/0141/2020

Die Beantwortung der Anfrage ist der Anlage 2 dieser Niederschrift zu entnehmen.

9.3 Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen vom 18.03.2020 bzgl. Bürgeranregungen nach § 24 GO NRW

Ratsherr Peters führt aus, dass in der Vergangenheit vermehrt Beschlussvorschläge der Verwaltung zu eingereichten Bürgeranregungen vorgelegt worden seien, die den ursprünglichen Inhalten und Intentionen der Anregungen nicht entsprächen und die Möglichkeit der Abstimmung einschränkten.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, dass die eingehenden Bürgeranregungen zunächst fachlich durch die Verwaltung hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit geprüft würden und entsprechende Beschlussvorschläge formuliert würden. Es werde derzeit jedoch am Verfahren gearbeitet, um den Anregungen hinsichtlich der Beschlussvorschläge künftig umfänglicher Rechnung zu tragen.

10 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Ausschuss nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

Weiterhin berichtet die Verwaltung:

Fluglärmmessstelle Büberich

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet, dass der Eigentümer des für die Aufstellung der Messstation in Frage kommenden Grundstückes am Roten Kreuz einer Nutzung hierzu zugestimmt hätte. Aufgrund des derzeit eingeschränkten Flugbetriebes solle die Aufstellung jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen, um belastbare Ergebnisse zu erhalten.

Gerichtsverfahren Stadt Meerbusch ./ Bezirksregierung Düsseldorf (Caratgas GmbH / Krefelder Hafen)

Justiziar Dr. Saturra berichtet, dass das Verwaltungsgericht Düsseldorf dem von der Stadt Meerbusch gestellten Eilantrag, wie aufgrund der Argumentationslage zuletzt bereits erwartet, nicht stattgegeben habe. Auf Anraten des Anwaltes beabsichtige die Verwaltung hiergegen kein Rechtsmittel einzulegen und die Klage im Hauptsacheverfahren mangels Aussicht auf Erfolg zurückzunehmen.

Auf Nachfrage sagt er zu, den Beschluss des Verwaltungsgerichts den Fraktionsvorsitzenden zukommen zu lassen.

Coronavirus / Stadtranderholung

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet über die aktuellen Entwicklungen und Fallzahlen zum Coronavirus. Weiterhin würden durch das Land zahlreiche Erlasse veröffentlicht und Änderungen der verschiedenen Verordnungen erlassen, sodass für die Verwaltung hohe Aufwendungen zur Umsetzung dieser Erlasse und Verordnungen zu leisten seien. Auffällig sei hierbei die unterschiedliche Qualität, mit der die Ministerin in ihren Aufgabengebieten handelten und entsprechende Vorgaben machten.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Niederdelmann-Siemes führt Erster Beigeordneter Maatz aus, dass aufgrund der Vorgaben des Landes bisher keine Stadtranderholung hätte vorgesehen werden können und eine Absage erfolgen musste. Eine entsprechende Änderung der Coronaschutzverordnung sei erst kürzlich in Kraft getreten. Da die Organisation der Stadtranderholung eines erheblichen Aufwandes und notwendigen Vorlaufs bedürfe, könne derzeit nicht abschließend eingeschätzt werden,

ob ein entsprechendes Programm für dieses Jahr noch aufgestellt werden könne. Auf Bitten von Ratsfrau Niederdellmann-Siemes sagt Herr Maatz zu, mögliche Ferienangebote zu prüfen.

11 Termin der nächsten Sitzung: Sitzung des Rates am 18 Juni 2020

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt aus, dass bisher nicht abschließend bekannt sei, inwiefern die Landesregierung die epidemische Lage von landesweiter Tragweite über den 14.06.2020 hinaus feststelle. Da sich zudem in den vergangenen Wochen zahlreiche Themen und Fragestellungen zur Beratung in den Fachausschüssen ergeben hätten, sei nunmehr eine Durchführung von Fachausschüssen, mit Ausnahme des Kulturausschusses, noch vor der Sommerpause vorgesehen. Weiterhin sei nunmehr für den 18.06.2020 eine Sitzung des Rates beabsichtigt. Alle Sitzungen würden unter Beachtung der Hygieneanforderungen durchgeführt, die Ausschüsse tagten in der Aula der Realschule, der Rat im Foyer des Meerbusch-Gymnasiums, die Örtlichkeit werde dazu vergrößert.

12 Verschiedenes

Stellplatzsatzung

Ratsherr Jung fragt hinsichtlich des Sachstandes der neuen Stellplatzsatzung an. Beispielsweise im Bereich der Kaarster Straße wären Neubauten entstanden, bei denen aufgrund der veralteten Stellplatzsatzung keine ausreichenden Flächen berücksichtigt worden seien, wodurch ein zusätzlicher Parkdruck entstünde.

Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass die genannten Flächen baulich keine genehmigten Stellplätze seien. In der kommenden Sitzung des Ausschusses für Planung und Liegenschaften könne über einen entsprechenden Zwischenstand berichtet werden. Ziel sei es, den Entwurf einer neuen Stellplatzsatzung im August 2020 in den Ausschuss einzubringen.

LKW-Verkehr Laacher Weg

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes fragt an, inwiefern seitens der Verwaltung mit den Städten Düsseldorf und Neuss bereits Gespräche hinsichtlich der Problematik des LKW-Verkehrs auf dem Laacher Weg durch die grenznahen Gewerbegebiete gesprochen worden sei.

Technischer Beigeordneter Assenmacher führt aus, dass ein erstes Gespräch der zuständigen Dezerenten stattgefunden habe, eine Einigung jedoch noch nicht erzielt worden sei. Beabsichtigt sei ggfs. eine Erschließung des Neusser Gewerbegebietes über das Düsseldorfer Stadtgebiet, was zu einer Entlastung des Laacher Weges führe.

Meerbusch, den 9. Juni 2020

Angelika Mielke-Westerlage
Bürgermeisterin

Patrick Wirtz
Schriftführer